Beiblatt zur Vorlage:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 09.03.2022 beschlossen, dem Rat der Stadt Geilenkirchen, den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung vom 22.02.2022 nebst Anlagen in fortgeschriebener Fassung beschließen zu lassen und zwar in der Fassung, dass

1. für das Jahr 2022 anteilige und für die Jahre 2023 – 2025 vollständige Kosten für die Erweiterung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes für zwei Personalstellen (EG 8),
2. eine Erhöhung der Grundsteuer B von bisher geplant **590** v. H. auf **600** v. H. ,
3. eine Erhöhung der Gewerbesteuer von **418** v. H. auf **430** v. H.
4. und die Folierung eines Fahrzeuges, erkennbar als KFZ des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes

im Entwurf berücksichtigt sind.

Der fortgeschriebene Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans mit Anlagen für das Jahr 2022 ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt. Neben den o. g. Erweiterungen wurde für das Jahr 2022 anteilig (92.500 €) und für die Jahre 2023 ff. (220.000 €) die Miet- und Nebenkosten für das NEW-Gebäude sowie die im ersten Entwurf der Haushaltssatzung 2022 ff. nicht eingeplanten Aufwendungen für die Straßenreinigung erfasst. Des Weiteren wurde eine Korrektur in der mittelfristigen Finanzplanung (Jahr 2025) im Produkt 02.122.05 vorgenommen. Hier war fälschlicherweise ein viel zu hoher Betrag ausgewiesen. Die Korrektur führt im Jahr 2025 zu einer wesentlichen Ergebnisverbesserung.

Durch die Ergänzungen und Änderungen sieht der fortgeschriebene Ergebnisplan für das Jahr 2022 nun ordentliche Erträge in Höhe von 73.887.915 € und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 81.662.881 € vor.

Unter Berücksichtigung des unveränderten außerordentlichen Ertrages ergibt sich ein Jahresergebnis 2022 in Höhe von -4.149.930 €.

Die Gesamtbeträge 2022 nach Fortschreibung lauten:

Gesamtbetrag der Erträge	78.777.951 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	82.927.881 €
Jahresergebnis	-4.149.930 €

Der Finanzplan 2022 sieht nun einen negativen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 3.675.511 € vor. In den Folgejahren ist dieser Saldo weiterhin negativ und das Eigenkapital wird sich verringern.

Damit im Planjahr 2024 der Fehlbetrag die allgemeine Rücklage nicht um mehr als 5 % verringert, wurde eine geplante Maßnahme konsumtiver Art für die Jahre 2023/2024 in die Jahre 2022/2023 vorverlegt. Aufgrund der vorgenannten Umplanung ist die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht erforderlich. Eine erstmalige Verringerung der allgemeinen Rücklage um mehr als 5 % erfolgt im Planjahr 2025.